

Wartenberger Bundschau

Weihnachten 1999

Neues Rathaus ohne Einbeziehung des alten preisgünstiger. Sinnvolle Nutzung des bisherigen Rathauses?

Der Umbau des von der Firma Reiter gekauften Gebäudes zum neuen Rathaus führte zu kontroversen Diskussionen im Marktrat.

Kernpunkt der Meinungsverschiedenheiten war dabei die Frage der Weiternutzung des bisherigen Rathauses. Die CSU ging ursprünglich davon aus, es solle eine Planung erstellt werden, in der das alte Rathaus mitintegriert wird. Das bisherige Rathaus solle weiter voll als Ver-

waltungsgebäude benutzt werden und dazu sollten noch Erdgeschoss und 1. Obergeschoß des Reitergebäudes kommen. 2. Obergeschoß und Dachgeschoß des Reitergebäudes könnten dann vermietet werden. Die Kosten der Umbaumaßnahmen bei Einbindung des bisherigen Rathauses lägen um ca. 400000 DM niedriger. Bei diesen Berechnungen wurde aber davon ausgegangen, daß der Markt

Wartenberg alle Kosten alleine tragen muß.

Nun beteiligen sich aber die Gemeinden Berglern und Langenpreising an den Kosten für Erwerb und Umbau des neuen Rathauses. Dabei werden 50 Prozent der anfallenden Kosten anteilmäßig auf die von den beiden Gemeinden zu zahlende Miete umgelegt, was einen Quadratmeterpreis von 17 DM ergibt.

Das zukünftige Rathaus soll nun wie folgt aussehen:

Im Erdgeschoß werden Einwohnermeldeamt und Trauungszimmer untergebracht; im 1. Obergeschoß befinden sich die Zimmer der 3 Bürgermeister und von Herrn Rost und im II. Obergeschoß Kämmerei und Kasse. Das Dachgeschoß schließlich soll vermietet werden.

Nun stellt sich natürlich die Frage, nach einer sinnvollen Nutzung des bisherigen Rathauses. Die CSU bittet alle Bürgerinnen und Bürger des Ortes sich darüber Gedanken zu machen und ist dankbar für alle eingebrachten Vorschläge.



*Der CSU-Ortsverband Wartenberg
wünscht allen
und Bürgern
Weihnachtsfest
gesundes,
Neues
Bürgerinnen
ein gesegnetes
und ein
erfolgreiches
Jahr.*

Ampelanlage an der Strogenstraße – wohl übertrieben ?!

Der Kinderschutzbund und die Verkehrswacht beantragten aus Gründen der Verkehrssicherheit die Errichtung einer Ampelanlage an der Strogenstraße. Der Kinderschutzbund sieht dabei die Hauptgefährdung für Fußgänger, die die Strogenstraße überqueren.

Hauptgegner einer Ampel sind die Geschäftsanlieger, die – wohl nicht zu unrecht – in diesem Falle wirtschaftliche Einbußen befürchten.

Das Straßenbauamt soll nun eine Verkehrszählung durchführen, um das tatsächliche Verkehrsaufkommen zu ermitteln. Tatsache ist aber, daß sich der Stau auf eine halbe Stunde morgens und abends konzentriert.

Damit stellt sich die Frage, welche Alternativlösungen zur Errichtung einer Ampel gibt es?

Bei einer Ortsbesichtigung wurde der Vorschlag gebracht, zur Entschärfung auf der Thenner Straße eine Linksabbiegerspur einzubauen. Ein Zebrasteifen (mit Wamblinker) beim Feuerwehrhaus würde für Fußgänger das Überqueren der Strogenstraße sicherer machen.

CSU-Marktgemeinderäte stimmen geschlossen gegen die Änderung der Nachtflugregelung

In der Sitzung des Marktgemeinderates vom 1.12.1999 haben sich alle Markträte des CSU-Ortsverbandes nebst ihren Kollegen und Kolleginnen einstimmig gegen den Antrag der Flughafen München GmbH ausgesprochen, die bisher geltende Nachtflugregelung zu ändern. Begründet wird diese Entscheidung damit, daß die bisher geltende

Höchstzahl von 38 Nachtflugbewegungen zwar nicht die vollständige Deckung des Flugbedarfs jedoch die notwendige Schutzfunktion für die betroffene Bevölkerung darstellt. Einer Änderung der bestehenden Regelung und damit einer Erweiterung der Flugbewegungen in die sog. Kernzeit der Nachtruhe könne daher nicht zugestimmt werden.

Betroffene Bürger können noch bis zum 23.12.1999 bei der Verwaltungsgemeinschaft Wartenberg Einspruch gegen den Antrag der Flughafen München GmbH einlegen.

Ein Jahr Rot-Grün – ein verlorenes Jahr

Das erste Jahr der rot-grünen Regierung brachte Stillstand und Rückschritte bei vielen wichtigen Fragen:

- **Arbeitslosigkeit:** Ging die Arbeitslosenzahl im letzten Jahr der Regierung Kohl um 400000 zurück, so betrug der Rückgang im ersten Schröder-Jahr nur noch 8000. Arbeitsplatzfeindliche Maßnahmen der Regierung wie Neuregelung der 630-Mark-Jobs oder die Neuregelung der Scheinselbstständigkeit waren die Ursache der Stagnation.
- **Steuerpolitik:** Durch das sog. Steuerentlastungsgesetz wurde die Wirtschaft um rund 10 Milliarden zusätzlich belastet. Die Unternehmenssteuerreform wurde auf 2001 verschoben. Die Belastung mit Ökosteuern steigt und in den Bereichen Erbschaft und Vermögen wird eine Steuererhöhungsdebatte geführt.
- **Zukunftssicherung:** Haushaltskonsolidierung erfordert nicht nur Sparen, sondern auch eine Stärkung der Wachstumsgrundlagen durch Investitionen. Aber die Bundesregierung kürzte die Investitionsausgaben im Forschungs- und Bildungshaushalt für 2000 um eine halbe Milliarde und wichtige Verkehrsinfrastrukturprojekte wie die ICE-Strecke Nürnberg – Erfurt wurden gestrichen.

**Christbaum-
abholaktion am
Samstag, 8.1.2000
ab 10 Uhr**

Bayern dagegen investiert mit der „Offensive Zukunft Bayern“ und der „High-Tech-Offensive“ insgesamt 7,5 Milliarden in die Zukunftssicherung unseres Wirtschaftsstandortes.

Alterssicherung: Die Bundesregierung koppelte die Rente von der Nettolohnentwicklung ab und gab damit das Prinzip der verlässlichen Rentenanpassung auf; die geplante Einführung einer Rente ab 60 Jahren kostet rund 70 Milliarden DM; die zusätzliche private Altersvorsorge wurde durch Halbierung des Sparerfreibetrages und der verstärkten Besteuerung der Lebensversicherung unattraktiv gemacht.

Die CSU stellte das „Bayerische Optionsmodell“ zur Alterssicherung vor: Die Eckpunkte dieses als sehr realistisch eingeschätzten Modells sind:

Die Ergänzung des Umlagesystems durch eine freiwillige, private, kapitalgedeckte Alterssicherung. Jeder soll die Möglichkeit erhalten, monatlich einen Beitrag von maximal 2,5 % der geltenden Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung in einer begünstigten, privaten Vorsorgeform anzulegen. Dazu kann ein Teil der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in die private Alterssicherung umgeleitet werden. Besteuert werden nur die Erträge, die Beiträge sind steuerfrei.



IMPRESSUM

Wartenberger Rundschau
Informationsorgan der CSU-Wartenberg
Herausgeber: CSU-ÖV Wartenberg

Verantwortlich für den Inhalt:
Hans Schächerl, Pesenlern 23
Markus Remde, Untere Bergstr. 33
Sebastian Baumann, Schröder/Velgen-Ring 35
85456 Wartenberg
Druck: Genstner, Wartenberg